

PRESSEMITTEILUNG

Pestel-Studie: Bedarfsgerechter Wohnungsbau bringt 745.000 Arbeitsplätze

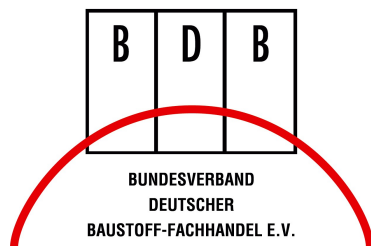
- **Steigt die Wohnbautätigkeit auf den benötigten Bedarf, entstehen 745.000 Arbeitsplätze neu**
- **20 Milliarden Euro zusätzliche Steuern und Abgaben**

Berlin, 8. Juni 2009 – Der Wohnungsbedarf in Deutschland liegt bei 400.000 neu gebauten Wohnungen pro Jahr, gebaut werden im Jahr 2009 voraussichtlich nur 150.000 Einheiten. Steigt die Zahl der Fertigstellungen auf den tatsächlichen Bedarf, entstehen im Wohnungsbau 745.000 zusätzliche Arbeitsplätze und die öffentlichen Haushalte erhalten rund 20 Milliarden Mehreinnahmen, so die neue Studie des Eduard Pestel Instituts „Wirtschaftliche Auswirkungen des Wohnungsneubaus in Deutschland“. Da die Förderung des Wohnungsbaus die Konjunktur sinnvoll stabilisieren kann und für die öffentlichen Haushalte mehr als aufkommensneutral wäre, erweist es sich als vernünftig, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau investitionsfreundlicher zu gestalten.

Die Studie des Pestel Instituts vergleicht exemplarisch die Wirkungen des Baus von Einfamilienhäusern und von Geschosswohnungen auf den Arbeitsmarkt sowie auf Steuern und Abgaben. Statistisch gesehen sorgt der Neubau eines Einfamilienhauses ein Jahr lang für eine Vollzeitbeschäftigung von vier Erwerbstätigen. Durch den Bau einer Geschosswohnung werden dagegen 2,3 Erwerbstätige ein Jahr lang beschäftigt. Steuern und Abgaben fallen bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durchschnittlich in Höhe von rund 106.000 Euro an, bei einer Geschosswohnung liegt dieser Wert bei rund 61.000 Euro.

Unter den derzeitigen Bedingungen wird für das Jahr 2009 der Bau von 90.000 Einfamilienhäusern und 60.000 Geschosswohnungen erwartet. Rechnerisch bedeutet das einen Bedarf an nur noch rund 500.000 Vollzeitbeschäftigten im Wohnungsbau und Einnahmen für die öffentlichen Haushalte in Höhe von 13 Milliarden Euro. In einer Modellrechnung geht das Pestel Institut davon aus, dass die Bautätigkeit auf den tatsächlichen Bedarf von 400.000 Wohnungen ausgeweitet wird und nimmt dabei an, dass 190.000 Einfamilienhäuser und 210.000 Geschosswohnungen neu errichtet werden. Die rechnerische Folge dieser Projektion sind 745.000 zusätzliche Arbeitsplätze und rund 20 Milliarden Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte. Könnte man den Neubau auf diesem bis 2025 benötigten Niveau verstetigen, würden Arbeitsplätze und Steuereinnahmen dauerhaft gewährleistet.

Dr. Ronald Rast, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau (DGfM), dringt nun auf eine Verbesserung der Marktbedingungen für den Wohnungsbau. „Mit seiner Äußerung, der Wohnungsneubau in Deutschland bewege sich ‚an der Untergrenze des nachhaltigen Bedarfs‘ verschließt Bundesbauminister Tiefensee die Augen vor der Realität. Mit dem derzeitigen Niveau des Wohnungsneubaus steuern wir auf weitere Mietsteigerungen in Ballungsgebieten, zunehmende soziale Brennpunkte in unzeitgemäßen Wohnungsbeständen und eine rasant steigende Nachfrage nach



DGfM
*Deutsche Gesellschaft
für Mauerwerksbau e.V.*

altersgerechtem Wohnraum zu.“ Deswegen, so Dr. Rast, sei es dringend notwendig, dass die Politik endlich die Weichen für einen zukunftssicheren Wohnungsbau stellt, damit die sozialen Folgen des sich abzeichnenden Wohnungsmangels entschärft werden.

Michael Hölker, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. (BDB), verweist auf die stabilisierende Wirkung des Wohnungsbaus. „In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Flaute lässt sich die Konjunktur am vernünftigsten durch Maßnahmen stützen, die wie der Wohnungsbau eine wirtschaftliche Aktivität im Land entfalten. Im Wohnungsbau stehen ausreichend personelle und materielle Kapazitäten zur Verfügung.“ Zudem sei die Förderung des Wohnungsbaus eindrucksvoll gegenfinanziert und schaffe eine beachtliche Anzahl von Arbeitsplätzen, so Hölker weiter.

Die Studie des Pestel Instituts stützt sich auf Daten des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW. Die Modellannahmen sind vorsichtig gestaltet: Die Berechnungen zu Steuern und Abgaben beziehen sich ausschließlich auf positive Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Entlastungen der Sozialsysteme wie beispielsweise sinkende Arbeitslosenzahlen und steigende Beitragszahler werden in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

Die vollständige Studie „Wirtschaftliche Auswirkungen des Wohnungsneubaus in Deutschland“ und weitere Informationen zum zukunftssicheren Wohnen finden Sie unter: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Pressekontakt:

Christof Fiscoeder
Weber Shandwick
Tel: 030-20351-10
Fax: 030-20351-29
E-Mail: cfiscoeder@webershandwick.com

Über die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau e.V. (DGfM)

Die DGfM ist der Dachverband der Mauerstein erzeugenden Industrien. Die Gesellschaft vertritt die gemeinschaftlichen Interessen des Mauerwerksbaus. Rund 80 Prozent aller Wandkonstruktionen im deutschen Wohnungsbau werden im Mauerwerk errichtet. Als Wirtschaftsverband wahrt die DGfM die Interessen ihrer Mitglieder etwa gegenüber Bauordnungsbehörden und nimmt technisch wissenschaftliche Aufgaben sowie die technische Interessenvertretung im Bereich der nationalen und europäischen Normung wahr. Derzeit repräsentiert die DGfM 225 Firmen mit einem Jahresumsatz von über 1,1 Milliarden Euro.

Über den Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. (BDB)

Der BDB vertritt die Interessen von über 900 Mitgliedsfirmen, die im vergangenen Jahr an 2.200 Standorten mit über 41.000 Beschäftigten einen Umsatz von 13,3 Milliarden Euro erzielten. Der Verband hat am 1.1.2009 seinen Sitz von München nach Berlin verlegt, um dort die Interessen gegenüber den Zielgruppen Politik, Industriepartner, Planer und Handwerker zentral zu positionieren. Zu den Kunden des Baustoff-Fachhandels zählen Profikunden wie Bauunternehmen und Handwerker ebenso wie private Bauherren.